

Deutscher Tagblatt



und Handels-Zeitung

Carl-Rehbecker Theodor Wolff in Berlin,
Herausgeber und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Programmklärung Briands.

Das Wohlergehen Deutschlands und der Ruin des siegreichen Frankreich. — Das Verhältnis zu den Alliierten.

Der neue französische Ministerpräsident, Herr Briand, hat gestern in seiner Programmklärung, die er in der Kammer vorlas, gesagt, in dem Gegensatz zwischen dem Wohlergehen Deutschlands und dem Ruin des siegreichen Frankreich liege eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann. Diese Worte zeigen von einer kaum zu überbietenden Intensität der heutigen Verhältnisse, oder sie sind, was wir nicht annehmen wollen, ein absichtlicher Versuch, die Dinge vor der Welt zu entstellen und den Wählern, die anfangen, die Wahrheit zu begreifen, schnell wieder eine Blinde vor die Augen zu legen. Wir wollen wahrhaftig das Glend der zerstörten nordfranzösischen Gebiete nicht leugnen oder sogar übermalen und wissen sehr genau den Umfang dieser Not zu ermessen. Aber es ist, gelinde gesagt, trotz allem ein höchst bedauerlicher Mangel an Aufrichtigkeit oder an Frömmigkeit zu lasten dem Urteil, wenn Herr Briand noch einmal seine Redensarten und den fremden Hören seiner Worte ein Deutschland vorpiegelt, dessen „Wohlergehen“ die heiligsten Gefühle der Franzosen beleidigen müßte.

Herr Aristide Briand versichert, sogar die schlechte Valuta eröffne Deutschland „im weitesten Maße“ auf wirtschaftliche Ausdehnung. Du lieber Gott, wir alle wissen, daß ein kleiner Teil der deutschen Industrie vorübergehend von dem niedrigen Stand der Weltprokrie während der großen Krise der Industrieländer von der ungeheuren Zerstörung die mit der Valuta zusammenhängt, schwer bedrückt ist. Herr Briand möge doch einmal die gegenwärtige Lebenshaltung der deutschen Familien mit derjenigen der französischen vergleichen! Trotz allen Lammern der Pariser Presse über die Nahrungsmittelpresse ist doch Paris ein Schlachtfeld, verglichen mit Berlin. Frankreich hat keine fruchtbareren Vegetationen, Kolonien und es ist keine Schuld, wenn es nicht genügend herauszubolen versteht und seine Transportmittel mangelhaft organisiert sind. Frankreich hat nach allen Seiten hin, in der ganzen Welt, volle Bewegungsfreiheit, und wie man die deutschen Kolonien unter ähnlichen Vorwänden fortgenommen hat, so hat man das deutsche Eigentum im Ausland geplündert, die Deutschen launhaftesten Interaktionen im Ausland aus Konturrenzern räumt, und den deutschen Kaufmann, der neue Verbindungen antizipiert, wird durch Schrift und Text Hindernisse in den Weg gewagt. Durch den infamen Friedensvertrag von Versailles sind von Deutschland große fruchtbarere Gebiete abgetrennt worden, einfach, weil Frankreich in unendlicher Völlerei, lustigster Anglistik auf unserer Ebene eine überaus politische Umwälzung aufzuziehen wollte, die übrigens, wie jeder nicht mit Wilmitt gefüllte Politiker vorhersehen konnte, bereits in allen Wänden kratzt. Auf diese Weise ist die ganze Grundlage der Ernährung in Deutschland zerstört worden, und die unter dem Modesthem während des Krieges und noch nach dem Krieges ausgehungerte deutsche Bevölkerung — der infolge des von Herrn Briand so vortrefflich gehaltenen Weltanfalls nicht genug Zufuhr von außen kommen kann — leidet, soweit sie nicht aus den ja auch in Frankreich nicht fehlenden Schiebern und Unruhdienern besteht, an demselben schmerzhaften Not.

Herr Briand gar nichts davon gehört, wie die heramwachsenden Generationen, wie Kinder und Mütter in Deutschland durch Entbehrung und Internierung ausgehöhlt und in ihrer Lebensenergie getroffen sind? Während die Käufer, andere, miltätäre und verlässliche Kaufmannen, die Neutralen und sogar einige Engländer und Engländerinnen dieses furchtbare Unheil nach Kräften zu lindern suchen, spricht Herr Briand von dem Lande dieses Kinderlebens wie von einem Garten Eden, wo jedem die Früchte in den Mund hängen, oder wie von einem Kannan, wo Milch und Honig fließt. Wir geben gern zu, daß keine Regierungserklärung im allgemeinen nicht feindseliger klingt als die Erklärung eines Redakteurs, in dem Herr Barthou sitzt, wohl gehalten sein mußte, und daß Herr Briand sich vielleicht sogar Mühe gegeben hat, einen gewissen Ton der Mäßigung zu wahren — soweit sich das vor einer so nationalstiftenden Kammer machen ließ. Um so befallenswerter ist es, daß er geglaubt hat, die Verhandlungen über die „Wiedergutmachung“ mit einer Phrase einleiten zu müssen, die eine feindselige oder auf einer höchst oberflächlichen Betrachtungsweise beruhende Unwahrheit enthält. Um weiterer Verleumdung der Erklärung sagt der Ministerpräsident, daß das ganze Bündnis mit England die Grundlage der französischen auswärtigen Politik ist, und dieser Satz ist, wie der Rest, selbstverständlich und nicht neu. Die französische Regierung wird überall, im Orient und anderswo, diese heraldischen Beziehungen aufrecht erhalten und auch ihr Verhältnis zu all den neu gegründeten Staaten in gleicher Weise pflegen — wobei nur daran erinnert werden muß, daß die Gedanken leicht bei einander wohnen, die Sachen sich hart im Runne fließen, wie ein großer deutscher Dichter sagt.

Paris, 21. Januar.

Die Regierungserklärung wurde von Briand selbst, oder vielmehr, in Paris, nach dem die sich auf die „Freiheit“ der Welt beziehen, besonders einbrach. In Deutschland wird wahrheitsgemäß den Heutzutage, die auf Enttäuschung und Verdächtigungen des Vertrages bestehen, andere Wichtigkeit bezeugt werden. Ein Chroniqueur früherer Erklärungen bescheidet Briands Worte als „Schritt für die Entwicklung und weitere vorläufige Einbringung“.

Bevorstehende Verhandlungen über die französischen Vorschläge.

Zwischen Staatssekretär Bergmann und Ententevertretern.

Berlin, 21. Januar. (W. Z. B.)

Zwischen Herrn Bergmann und den Vertretern der Ententevertretern haben in Paris mehrfach Besprechungen über die Frage der Festlegung der deutschen Entschädigung stattgefunden. Bei diesen Besprechungen hat Herr Bergmann in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Außenministers Simons bei seinen Besprechungen mit dem Bolschewik Saenzow zwar die Schwere des Pfandes betont, die für Deutschland aus einer Vertagung der Festlegung der Gesamtentschädigung erwachsen, hat jedoch bereits erklärt, über die Schuldlosen Vorschläge wegen der Fixierung der fünf Jahresraten unter den bekannten Voraussetzungen zu verhandeln, die nach deutscher Auffassung die Grundlage für jede weitere Verhandlung über die Reparationsleistungen bilden. Es haben sich nach keine Anhaltspunkte dafür ergeben, inwieweit die Alliierten bereit sind, in diesen für die ganze Weiterentwicklung der Angelegenheit vom deutschen Standpunkte aus entscheidenden Punkten Deutschlands Wünsche zu berücksichtigen. Herr Bergmann hat darauf hingewiesen, daß es auch im Interesse der Wirtschaft der Ententestaaten und des Wiederaufbaues Europas unbedingt notwendig sei, daß über diese Voraussetzungen vollkommene Klarheit erzielt wird. Herr Bergmann wird voraussichtlich in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der Entente über die Schuldlosen Vorschläge zur Durchführung der Zahlleistungen in Verhandlungen eintreten. Diesen Verhandlungen werden formulierte deutsche Vorschläge zugrunde liegen. Die Konferenz der Regierungschefs in Paris am 24. Januar wird sich voraussichtlich auch mit den vorläufigen Berichten der Ententevertretern über das Reparationsproblem beschäftigen. Nach den Mitteilungen aus Paris ist in Aussicht genommen, daß im Anschluß daran die Verhandlungen in Brüssel ihren Fortgang nehmen.

Die Einigung der Alliierten über die deutsche Wiedergutmachung.

Zwei Berichte Seydoux. — Drei Milliarden jährlich für fünf Jahre.

Paris, 21. Januar. (G. G.)

Die Erörterungen über die Verhandlungen zwischen den alliierten und deutschen Sonderdelegierten in Paris zur Festlegung der in den nächsten fünf Jahren zu zahlenden Raten dauern in der französischen Presse fort. Aus dem „Echo de Paris“ erfährt man, daß die Alliierten zu einer vollständigen Einigung gelangt sind. Es liegen zwei Berichte des Herrn Seydoux vor. Im dem zweiten Bericht erklärt er sich auf der Politik der Pauschalsumme und betont, daß die fünf Jahresraten nur innerhalb des allgemeinen Systems, ohne Rolle spielen sollen. Geändert werden von Deutschland in den kommenden fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark in natura oder in Gold. Ein gewisses Minimum der Goldzahlungen wurde festgelegt. Die Vorschläge für

die Kohlenlieferungen werden aufgehoben. Wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht, werden keine Zölle mit Vorschlag belegt werden, und die Alliierten werden das Recht haben, von Deutschland zu fordern, daß es gewisse Ausgabenposten aus seinem Budget streiche (?), und insbesondere auch die inneren deutschen Anleihen zu unterbinden (?). Das Wort findet die Garantien übrigens unzureichend und fordert, daß die Zahlung mit der Besetzung des Ruhrgebietes aufrecht erhalten werden soll. Die Gegenforderungen der Deutschen nach Unterbindung der Weltanleihe in Frankreich, ferner nach Vertagung der Zahlungen und nach Rückgabe der deutschen Güter, die in fremden Händen konfiszieren und bisher nicht verkauft wurden, wurden abgelehnt. Dagegen hat man Deutschland 300 000 Tonnen Handelsstoffsraum zugestanden. Fraglich ist dagegen noch, ob die Raten für die Besetzungstruppen im Rheinland von den drei Milliarden Goldmark abgezogen werden sollen und ob Frankreich auf den § 18 Anhang 2 des ersten Teiles des Versailler Friedensvertrages verzichten will.

Weiter veröffentlicht eine Note über die Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark. Weiter erfährt aus autoritativer Quelle, daß die in der deutschen Presse (?) allgemein verbreitete Ansicht, daß Deutschland gegen den Vorbehalt der Alliierten zur Zahlung von fünf Jahresraten Einpruch erheben werde, hinsichtlich der Standpunkte ist, auf den die deutsche Regierung sich in dieser Frage festgelegt habe. Das Ministerbüro phantasiert. In der deutschen Presse, speziell im „Deutschen Tagblatt“, wurde seit fast einer Woche unabhängig mitgeteilt und betont, daß die deutsche Regierung unter der bekannten Voraussetzung die von französisch-englischer Seite vorgeschlagene Methode annehme. Die Redaktion („W. Z. B.“) im Gegenteil, im Laufe der Verhandlungen, die hierüber zwischen Deutschlands Vertretern und den Alliierten stattfanden, sprachen alle Anhaltspunkte dafür, daß die deutsche Regierung sich vollkommen über die Notwendigkeit klar sei, ohne Jögern den sehr vernünftigen Vorschlag anzunehmen, den die Alliierten bezüglich der ersten fünf Jahresraten auf die Gesamtentschädigungssumme gemacht haben. Man betrachtet dies als einen großen Fortschritt, obwohl die zur Konferenz von Paris, die in der nächsten Woche stattfinden wird, die offizielle Entscheidung nicht getroffen sein dürfte. Man muß bemerken, daß die Alliierten bezüglich der Entschädigung nichts von ihren Rechten aufgeben können, soweit sie die Zahlungen in Geld betreffen, und daß es dann eines gewissen Hinweises bedürftig, der zeigen wird, daß Deutschland wirklich entschlossen sei, die ihm aus dem Friedensvertrag erwachsenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Annahme des Vorschlages der Zahlung von fünf Jahresraten durch die deutsche Regierung wird einen Fortschritt darstellen, der die ganze Frage unter einem neuen Gesichtspunkt erscheinen läßt und welcher die endgültige Lösung viel leichter machen wird. Es gibt Gründe zu der Annahme, daß man in Paris erkennen werde, daß die Deutschen sich von der Lage Rechenschaft geben, daß es für sie das Beste wäre, wenn sie der Zahlung dieser fünf Jahresraten zustimmen würden, die in Spina und Besetzung befristet werden. Durch die Annahme würde das Zerwürfnis beendet werden, und die Konferenz von Brüssel würde in der Lage sein, die Erörterungen über die von Deutschland zu zahlende Totalsumme wieder aufzunehmen. Dadurch würde auch die Spannung, die seit längerer Zeit besteht, wieder vermindert werden. Unter diesen Umständen empfindet man in London große Heberaushebung bei der aus Paris kommenden Nachricht, daß Staatssekretär Bergmann die von den Alliierten vorgeschlagenen Ziffern (3 Milliarden Goldmark jährlich, des Monats) zu akzeptieren habe. Man weiß nicht, wie dies möglich war (?), und man weiß nicht, welche Haltung die deutsche Regierung einnehmen wird, falls sie den Anforderungen der Alliierten nicht nachkommen will.

Beland und die Kammer.

Die Aufnahme der Regierungserklärung.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.)

An der Regierungserklärung wird zum Schluß noch gesagt: Die Regierung ist fest entschlossen, die Finanzen gesund zu erhalten. Sie hat besonders vor, an die rasche Liquidierung der im Zusammenhang mit dem Krieges entstandenen Organisationen zu gehen. Weiterer ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Landes herzustellen. Der vollständige Erfolg dieser letzten wird in der Reorganisation des Finanzdienstes und besonders bei der Erhebung direkter Steuern hervorgerufen werden. Wie sind entschlossen, in unsere Finanzen, die durch den Krieg in große Verwirrung geraten sind, Ordnung, Regelmäßigkeit und Klarheit wieder einzuführen. Aber wenn wir hoffen können, durch die Maßnahmen, bezüglich deren wir uns mit ihrer Finanzkommission beraten werden, die finanziellen Angelegenheiten zu bringen, so ist es notwendig, um Reorganisation zu beenden, daß der Staatsschatz nicht mehr die Reparationen zu übernehmen hat, die Deutschland schuldig ist. Durch seine Arme und seine Finanzen wird Frankreich sich in voller Sicherheit seinen Wiederaufbau widmen können. Der wirtschaftliche Sieg wird aber nicht errungen werden, wenn wir nicht in Aderbau, Handel und Industrie die Freiheit wiedergewinnen und die Hindernisse aufheben, die infolge der durch den Krieg verursachten gewordenen Mismanagement eingetreten sind. Wir werden bemüht sein, diesen wirtschaftlichen Wiederaufbau: bald in die Wirksamkeit zu bringen. Wir werden mit allen Kräften den Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete beschleunigen. Das wird uns gelingen durch systematische Re-

zentralisation und durch den Appell an die Initiative der Bewohner der verwüsteten Gebiete selber und durch eine bessere Gestaltung der Kredite an die verschiedenen verwüsteten Departements. Wir werden die vielfache Durchführung der Gesetze zugunsten der durch den Krieg Geschädigten betreiben. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs wird auch eine wertvolle Unterstützung in der Reorganisation der Quellen finden, die uns unsere Kolonien bieten, die uns während des Krieges eine so große Hilfe gewesen sind. Ein umfangreiches Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Kolonien durch Zuteilung der Mittel und des Interesses, die geeignet sind, unseren Interessen und Schülern unsere Zivilisation zu verschaffen, wird Ihnen ohne Zwang vorgelegt werden. Frankreich wird so bald zum Wohlstand kommen und seinen Vormarsch auf dem Wege des Fortschritts jeder Art wieder aufnehmen können. Die Regierung ist entschlossen, den Willen dieses Landes, die voller Patriotismus an dem Werk des Krieges mitgearbeitet haben und deren Mühe und Klugheit eines der Hauptelemente der moralischen Stärke Frankreichs sind, die in diesen der sozialen Gefährdungen in der gegenwärtigen Stunde von der ganzen Welt bewundert werden, den weitestgehenden Kredit zu gewähren. Sie haben in der Tat begriffen, daß eine andere Haltung nur die Wirkung hätte, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrößern und die Verbesserung ihrer Lage aufzuhalten. Die Regierung, die die Einrichtungen der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Verleumdung ausgesetzt ist, ist es zutiefst schmerzhaft, die gesonnenen Maßnahmen zu ergreifen, um der primären Lage entgegenzutreten. Sie fernern mühen, abzugeben und die Mittel zu finden, unsere Anstrengungen das volle Vertrauen wiederzugewinnen. Wie Novas meldet, waren in der gestrigen Sitzung der Kammer über 40 Abgeordnete anwesend. Nach der Rede Briands deutete Paris die eingegangenen Interpellationen und fragte, ob